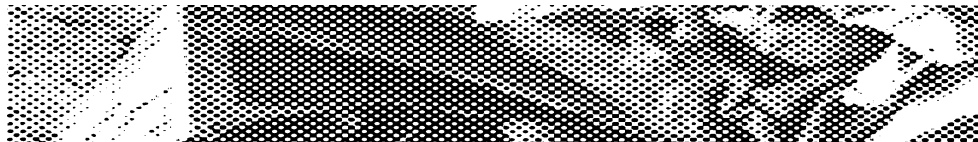


Salzkörner / Materialien für die Diskussion in Kirche und Gesellschaft



6. Jg., Nr. 2, 25. April 2000

Wehrdienst

Bei kaum einem Thema stellen sich so sehr Grundfragen der christlichen Existenz wie bei der Haltung für oder gegen die Wehrpflicht. Denn diese Entscheidung berührt unmittelbar das Gebot der Nächstenliebe, das in letzter Konsequenz das Gebot der Feindesliebe einschließt. Entspricht es nicht christlicher Glaubensüberzeugung, in keinem Fall zur Waffe zu greifen, sondern ganz der alles überwältigenden Kraft unzweideutigen Friedenswillens und unbedingter Gewaltlosigkeit zu vertrauen?

Das Zeitalter auf Gewalt setzender Ideologie warf jedoch die Frage auf, ob Christen zusehen dürfen, wenn Menschen der nationalistischen Herrschsucht, dem rassistischem Wahn oder sozialem Hass zum Opfer fallen und das Verderben bringende Unheil vor keiner Grenze Halt macht. Ob und wie wir unsere eigene Person verteidigen, ist unsere Sache. Aber retten wir dadurch unsere Seele, dass wir anderen wirkungsvolle Hilfe verweigern?

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts lehrt uns, wie viel Leid verhindert worden wäre, hätte man sich nur rechtzeitig aufgerafft, den Mördern und Aggressoren mit glaubwürdiger Entschlossenheit zum militärischen Einsatz entgegenzutreten. Diese Erkenntnis sollte uns Grund sein, in Ruhe und gegenseitiger Achtung darüber nachzudenken, welche Haltung Christen in dieser Zeit zur Wehrpflicht einnehmen können.

Das Ende des Kalten Krieges hat nicht nur weiten Teilen Europas die Freiheit gebracht. Das Aufbrechen der erstarrten Konfrontation hat auch bei manchen die Vorstellung geweckt, man könne seine Ziele wieder mit dem Mittel des Krieges durchsetzen. Der Friede, in dem wir leben, darf uns nicht die traurige Tatsache verdecken, dass in manchen Teilen Europas und in vielen Teilen der Welt Kriege oder zumindest Kriegsgefahr herrscht. Deshalb müssen wir wachsam sein - nicht nur für uns, sondern auch für andere. Die Bundeswehr ist weiterhin notwendig.

Der freiheitliche Charakter unserer Gesellschaft macht Politik zu einer Sache aller. Das gilt auch für die Existenz und den Einsatz der Bundeswehr. Dabei muss jedes militärische Handeln dem Ziel dienen, Frieden zu bewahren oder wiederherzustellen. Glaubhaft zum Handeln bereit und fähig zu sein, ist der beste Friedensdienst.

Hans Joachim Meyer

Inhalt

Im Dialog mit Konfessionen und Religionen	
Zum Programm des Katholikentags	
Thomas Großmann	2
Christenverfolgung heute	
Hermann Gröhe	4
Handlungskonzept für das Leben	
Beratungskonzept von donum Vitae	
Rita Waschbüsch	6
Eigenständige Rente für Frauen schaffen	
Anne Meurer	8
Exposure	
Lernen für das Verständnis von Entwicklung	
Rolf Schumacher	10
Zukunft des Wehrdienstes	12
Renten-Info-Pläne der BfA	12
Reform des Erziehungsurlaubs	12

Im Dialog mit Konfessionen und Religionen

Erstmals in Hamburg zu Gast

Die Programmplanungen für den Katholikentag 2000 in Hamburg sind abgeschlossen. Mit Hinweisen auf wichtige Veranstaltungen, markante Programmpunkte und zukunftsweisende Neuansätze soll der folgende Beitrag Lust auf das zentrale kirchliche Großereignis deutscher Katholiken im Heiligen Jahr machen.

Erstmals in seiner mehr als 150-jährigen Geschichte wird ein Katholikentag in Hamburg zu Gast sein. Er wird am 31. Mai eröffnet. Gemeinsam eingeladen haben das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und das junge Erzbistum Hamburg, das 1995 nach einer kirchenterritorialen Neuordnung in Folge der Wende von 1989/90 wieder errichtet wurde. Was erwartet die Teilnehmenden?

Da ist zunächst die Stadt selbst, ihre Menschen und ihre Kultur, ihre Geschichte und ihre geografische Lage. Als Tor zur Welt mit hanseatischer Tradition, als einer der großen deutschen Medienstandorte, geprägt von protestantisch-liberalem Geist, ist Hamburg heute multikulturell wie kaum eine andere deutsche Großstadt. Auf der einen Seite gilt Hamburg als weitgehend säkularisiert und kirchenfern, auf der anderen Seite begegnet man vielfältigen Formen von Religiosität. Beides soll seine Reflexe im Programm des Katholikentags finden.

Es geht um das Verbindende

Viele Veranstaltungen sind dem Dialog zwischen den Konfessionen und Religionen gewidmet. Es geht um das Verbindende der Gottsuche und Gotteserkenntnis, wenn Vertreter verschiedener Religionen sich gegenseitig einladen: "Erzähle mir, woraus du lebst". Es geht um den gemeinsamen Beitrag zur Gestaltung des Zusammenlebens. Im Gespräch über den gemeinsamen Beitrag für Entwicklung und Frieden begegnen sich Christen, Juden und Muslime.

Katholikentage sind Begegnungsorte für Christen aus aller Welt. In Hamburg werden auch die dort ansässigen ausländische Gemeinden aktiv an der Programmgestaltung mitwirken. Nach Hamburg kom-

Dr. Thomas Großmann, Leiter der Arbeitsgruppe Katholikentage und Großveranstaltungen im Generalsekretariat des ZdK

men heißt also auch Begegnung der Völker und Kulturen. "Wege zueinander - Zeit miteinander" lautet ein eigenes Motto für den Samstagabend, der durch Bundespräsident Rau gemeinsam mit Gästen aus Israel und Palästina eröffnet wird. Anschließend laden ausländische Missionen, Vereine und Stadtteilinitiativen zum Kultur- und Begegnungsabend rund um den St. Marien-Dom in den Stadtteil St. Georg ein.

Auch an den anderen Tagen wird der Katholikentag mit einem vielgestaltigen Programm in der Hamburger City präsent sein. Veranstaltungen auf Plätzen und Bühnen, in Verlagshäusern und Einkaufspassagen, in Parks und an den Landungsbrücken geben Einblick in die Vielgestaltigkeit der Themen und Aktivitäten des Katholizismus in Deutschland. Prominent besetzte Diskussionsveranstaltungen - unter anderen mit Manfred Kock, Wolfgang Thierse, Andrea Fischer, Norbert Blüm - wechseln sich ab mit Kundgebungen, Gottesdiensten, Konzerten und Entertainment.

Präsent mit Gottesdiensten, Diskussionen, Musik und Ausstellungen

Hamburg und Hafen - für viele ist das eins. Auch der Katholikentag wird am Hafen präsent sein: mit dem Festgottesdienst an Christihimmelfahrt auf dem Fischmarkt und am Sonntag mit einem großen Jugendgottesdienst vor der Kulisse aus Kränen und Docks, mit alternativen Hafenrundfahrten und mit einer Pilgerfahrt Elbe abwärts. Im Hafen zu Gast: das Rostocker Kulturschiff MS Stubnitz. In seinen Laderäumen: die Musikszene Mecklenburg-Vorpommerns mit Gästen aus Großbritannien, USA und Australien.

Auch auf dem Festland bietet der Katholikentag ein vielfältiges Kulturangebot: in Hamburgs Kirchen, Museen und Ausstellungshallen finden Konzerte, Ausstellungen, Lesungen statt. Zu hören sein werden namhafte Musiker wie Petr Eben, Bob van Asperen, Julius Berger und Giora Feidman oder Literaten wie Monika Maron und Willi Fahrman. Mit Werken von Daniel Bräg, Leiko Ikemura, Benedikt Muer und anderen lädt die Ausstellung "darüber hinaus" dazu ein, dem Transzendenzbezug in der bildenden Kunst an der Schwelle des neuen Jahrtausends nachzuspüren.

Ein anspruchsvolles Filmangebot bietet Gelegenheit zur Begegnung mit Regisseuren und Produzenten. Zahlreiche Bands und Chöre werden in Gottesdien-

sten, in den Veranstaltungen des Messegeländes und auf den open-air-Bühnen der Innenstadt für Katholikentagsatmosphäre sorgen.

Katholikentag auch vor den Toren Hamburgs. Dort liegt Neuengamme. Im Klinkerwerk des ehemaligen KZ befindet sich heute eine Gedenkstätte. "Was geht uns euer Nationalsozialismus an?" oder "Streitfall Auschwitz" - Fragen und Themen, die der Katholikentag dort zur Diskussion stellt. Es geht um Erinnerung- und Versöhnungsarbeit, insbesondere, aber nicht nur vor dem Hintergrund der NS-Vergangenheit. Das Programm in Neuengamme lädt ein zur Begegnung mit ehemaligen KZ-Häftlingen und lässt Erfahrungsträger aus der Versöhnungsarbeit unter anderen aus Bosnien, Guatemala, Russland und Ruanda zu Wort kommen.

Zehn Jahre nach Mauerfall und deutsch-deutscher Vereinigung ist auch zu fragen: "Was lässt sich aus der Aufarbeitung der DDR-Diktatur lernen?" In Neuengamme dabei sein werden unter anderen Petar Anđelović, Joachim Gauck, Adam Krzemiński, Aleksandar Tisma, Gesine Schwan und das Ensemble presque mit "voice, books and FIRE I".

Ökumene zum Erleben

Im Jahr 2003 wird in Berlin der erste bundesweite ökumenische Kirchentag stattfinden, für die Katholiken ist Hamburg die letzte Etappe vor diesem Ereignis. Sie soll wegweisend werden. Zahlreich waren die ökumenischen Kontakte in der Vorbereitungsphase. Die für Hamburg zuständige Bischöfin Maria Jepsen selbst hatte sich dem Katholikentag als Ansprechpartnerin der Nordelbischen Kirche (NEK) zur Verfügung gestellt. Evangelische Pastorinnen und Pastoren wirkten in verschiedenen Planungsgremien mit. Evangelische Kirchengemeinden und Einrichtungen sind zum Teil mit eigenen Veranstaltungen im Programm vertreten, das traditionelle Ökumenefeste der NEK wird in diesem Jahr Teil des Katholikentages sein.

Tradition haben auch die in Kooperation mit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) veranstalteten Foren. Nach der Abendmahlsfrage in Mainz und der Ämter-Theologie beim Kirchentag in Stuttgart diskutieren in Hamburg unter anderen die evangelische Präsidentin des Ökumenischen Kirchenstaates, Elisabeth Raiser, und die Bischöfe Hans Christian Knuth und Joachim Wanke über die Frage "Rechtfertigung noch zeitgemäß?".

Einen ökumenischen Höhepunkt soll die gemeinsam gestaltete Schlussfeier des Hamburger Katholikentages bilden. Die Christen aller Konfessionen sind ein-

geladen, am Sonntagvormittag zunächst ihre je eigenen Gottesdienste als Abschlussgottesdienste des Katholikentages zu gestalten, verbunden durch dieselben Texte, Lieder und Gestaltungselemente. Anschließend gehen die Gemeinden in Prozessionen zum Rathausmarkt. In einer gemeinsamen Schlussfeier werden sie sich dort segnen und senden lassen.

Beitrag zum Heiligen Jahr

Der Hamburger Katholikentag soll der zentrale Beitrag der deutschen Katholiken zum Heiligen Jahr 2000 sein. Neben den gesellschaftspolitischen Themen wird in Hamburg daher theologischen, christologischen und ekklesiologischen Fragen breiter Raum gegeben. Im Themenbereich "Weggemeinschaft unter der Herausforderung der Gottesfrage" diskutieren Dagmar Schipanski und Ulrich Lüke das Spannungsverhältnis zwischen Gottesglaube und Naturerkenntnis; Eugen Biser und Hedwig Meyer-Wilmes fragen "Gott à la carte?"; über Weltethos und Weltfrieden spricht Hans Küng.

"Für wen halten mich die Menschen?" Christus-Bilder und Christus-Nachfolge bilden die Schwerpunkte im 2. Themenbereich "Weggemeinschaft mit Christus". Mitwirkende hier: Albert Biesinger, Benedikta Hintersberger, Johannes B. Kerner, Bischof Karl Lehmann, Dariusz Michalczewski, Heide Simonis, Konrad Weiß und andere. Foren und Vorträge im Themenbereich 3 handeln von der "Weggemeinschaft der Kirche als Volk Gottes". Zur Rolle der Kirche in der Shoah sprechen u.a. Verena Lenzen, Heibert Smolinsky und Paul Spiegel.

Zahlreiche katholische Organisationen und Institutionen werden den Hamburger Katholikentag mitgestalten. Gemäß ihrer Tradition und ihrem Selbstverständnis sind ihre Beiträge meist politischen Themen gewidmet. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bildungsfragen und Familienpolitik, medizin- und wissenschaftsethische Fragen, Globalisierung, Armutsbekämpfung und Friedenssicherung sind nur einige Stichworte, die neugierig machen und den Anstoß geben sollen zu einer Fahrt zum Hamburger Katholikentag.

Thomas Großmann

Der Katholikentag findet vom 31. Mai bis 4. Juni statt. Anmeldungen werden entgegengenommen unter der Servicenummer 040 / 372000, im Internet unter www.katholikentag.de oder in der Geschäftsstelle, Herrengraben 4, 20459 Hamburg.

Christenverfolgung heute

Verharmlosend: Die Stellungnahme der Bundesregierung

Zu den Menschenrechten gehört die Religionsfreiheit. Aufgrund der christlichen Prägung unserer politischen Kultur fühlt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verpflichtet, sich für die verfolgten Christen einzusetzen. Aus diesem Grund hatte die Unionsfraktion die Große Anfrage "Verfolgung der Christen in aller Welt" an die Bundesregierung gerichtet, deren Beantwortung Ende Februar im Deutschen Bundestag diskutiert wurde.

Ft: Die Bundesregierung sieht sich durch die "zahlreichen und engen Kontakte der deutschen Zivilgesellschaft mit bedrängten Christen in aller Welt in besonderer Weise gefordert, sich weltweit gerade auch für verfolgte Christen einzusetzen". In Übereinstimmung mit den Informationen von Seiten der Kirchen und den entsprechend engagierten Hilfswerken kommt die Bundesregierung zu der Feststellung, dass "staatliches Vorgehen gegen die Religion oder staatliche Versuche, Religion im Namen einer Ideologie zu manipulieren und zu kontrollieren" generell abgenommen haben, wozu "wesentlich der Zerfall des kommunistischen Machtblocks in Osteuropa" beigetragen habe.

Doch: In der Volksrepublik China, in Vietnam und Nordkorea wird eine Religionspolitik betrieben, die Religion nach wie vor als "Opium des Volkes" versteht. Noch immer werden in China "romtreue" Katholiken und die Anhänger protestantischer Hauskirchen gezwungen, ihren Glauben im Untergrund zu leben, werden Prediger und Priester nicht registrierter Gemeinden drangsaliert und verhaftet. Mindestens acht Untergrundbischöfe sowie zahlreiche Priester und Laien sollen inhaftiert sein.

Angesichts dieser Situation ist die Antwort der Bundesregierung, dass China und Vietnam wenig Bereitschaft zeigen, Fragen der Religionsfreiheit ernsthaft zu erörtern, und dass den deutschen Botschaften in diesen Staaten der Kontakt zu nicht registrierten Gemeinden verboten ist, dürftig.

Hermann Gröhe, Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe.

Die Verfolgung nicht verharmlosen

Zuzustimmen ist der Bundesregierung, wenn sie feststellt, dass religiöse Konflikte häufig mit sozialen und ethnischen Konflikten verbunden sind. So geht es im Sudan sicherlich um die Auseinandersetzung zwischen dem arabisch geprägten Norden und dem afrikanischen Süden des Landes. Entscheidende Kräfte im Sudan führen aber zudem einen "Heiligen Krieg" gegen das Christentum, obwohl dieses seit der Antike zur kulturellen Identität des Sudans gehört, und gegen "abtrünnige" Muslime in den Nub Bergen. Da ist es eine Verharmlosung, wenn die Bundesregierung die Zerstörung von Kirchen lediglich als Schikane bezeichnet.

In einer Reihe von islamisch geprägten Ländern nimmt die Diskriminierung und Verfolgung von Christen zu. Natürlich sind Verallgemeinerungen falsch. Aber die Sorge vor dem Vorwurf, neue "Feindbilder" zu schaffen, darf nicht dazu führen, dass Verfolgungstatbestände wie in Afghanistan, Pakistan oder Saudi Arabien nicht beim Namen genannt werden. Die Bundesregierung nennt zu Recht die oft schlimme Lage der religiösen Minderheiten "eines der brennendsten menschenrechtlichen Probleme". Sie weist auf den "Blasphemieparagrafen" des pakistanischen Gesetzbuches und die Möglichkeiten hin, Christen auch in persönlichen Auseinandersetzungen damit zu diffamieren.

Andererseits ist es wiederum eine Verharmlosung, wenn die Bundesregierung meint, die nach traditioneller Auslegung der Scharia zum Christentum konvertierten Muslimen drohende Todesstrafe stelle eine "eher hypothetische Gefahr" dar. Im Gegensatz dazu stellt der Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen über religiöse Intoleranz, Abdelfattah Amor, fest, es komme "in den muslimischen Ländern in der Praxis relativ häufig vor, dass Menschen hingerichtet werden, weil sie vom islamischen Glauben abgefallen sind".

Die Strafgesetzbücher in Mauretanien, im Sudan, in Saudi Arabien, im Iran und in Afghanistan bedrohen Muslime, die sich von ihrem Glauben abwenden, mit der Todesstrafe.

Die missionarische Dimension nicht diskreditieren

Inakzeptabel ist, dass die Bundesregierung zur Lage der Christen in islamischen Ländern erklärt, "lediglich missionarische Aktivitäten" würden "von den meisten islamischen Staaten konsequent unterbunden". Denn das Grundrecht der Religionsfreiheit umfasst – wie es in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ausdrücklich heißt – "die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Unterricht, Ausübung, Gottesdienst und die Beachtung religiöser Bräuche zu bekunden".

Wer Christen empfiehlt, leise und in private Räume zurückgezogen Gottesdienste zu feiern und nicht durch Missionieren zu "provozieren", verkennt nicht nur die missionarische Dimension des christlichen Glaubens, sondern auch das Grundrecht auf Religionsfreiheit.

Zur schwierigen Lage der Christen in der Türkei: Bereits seit 1923 können dort keine neuen Kirchengebäude mehr errichtet werden. Immer wieder kommt es darüber hinaus zur Enteignung kirchlichen Eigentums, insbesondere bei der armenisch-orthodoxen Kirche. 1998 wurde das Grundstück einer katholischen Gemeinde am Bosporus enteignet.

Die seit 1971 anhaltende Schließung des griechisch-orthodoxen Theologischen Seminars auf der Insel Heybeli sowie das 1997 erlassene Verbot, die armenische Sprache an die nachwachsende Generation weiterzugeben, bedrohen die Existenz dieser christlichen Religionsgemeinschaften. Der Hoffnung weckenden Weihnachtsbotschaft von Staatspräsident Demirel im letzten Jahr muss endlich das Ende der Diskriminierung von Christen in der Türkei folgen.

Mehr öffentliche Aufmerksamkeit notwendig

Die Bundesregierung erklärt, es herrsche "kein Mangel an Aufmerksamkeit für das Thema Reli-

gionsfreiheit". Dagegen hat die Deutsche Kommission Justitia et Pax festgestellt, dass sich im Hinblick auf die Lage der verfolgten Christen der Eindruck verstärke, "dass sie in der internationalen Staatengemeinschaft keine ausreichende Lobby haben".

Auch die Deutsche Evangelische Allianz hat in diesem Punkt der Bundesregierung deutlich widersprochen. Das eher bescheidene Medienecho auf die Bundestagsdebatte über die Christenverfolgung in unserer Zeit hat gezeigt, dass die Not bedrängter und verfolgter Christen wesentlich größerer Aufmerksamkeit bedarf, dass Menschen, die um ihres Glaubens willen leiden, Fürsprecher brauchen. Zu diesen Fürsprechern gehört der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Professor Dr. Hans Joachim Meyer. Im März dieses Jahres hat er vor dem Hauptausschuss des ZdK mit klaren Worten Aufmerksamkeit auf die "verfolgten Glaubensschwwestern und -brüder" gelenkt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird weiterhin ihren Beitrag dazu leisten, dass das Thema Religionsfreiheit auf der politischen Tagesordnung bleibt. Dies gilt vor allem für die Chinapolitik, bei der die in den letzten Monaten zu beobachtende Verschlechterung der Lage in China im Hinblick auf die Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit unmissverständlich angeprangert werden muss.

Hinsichtlich der Türkei gilt, dass die Beziehungen des Landes zur Europäischen Union nicht zuletzt von der Lage der christlichen Minderheiten im Lande abhängig gemacht werden müssen. Insgesamt ist zu hoffen und dafür zu arbeiten, dass die Debatte über Religionsfreiheit in aller Welt dazu beiträgt, auch den verfolgten Christen aus ihrer Not und Drangsal zu helfen. Das muss zu einem Kernpunkt deutscher Menschenrechtspolitik werden.

Hermann Gröhe

Handlungskonzept für das Leben

"Aus dem Vertrauen auf die Liebe und die Zusage Gottes"

In seiner Sitzung im März hat der Vorstand von Donum Vitae das Konzept für die Arbeit seiner Beratungsstellen beschlossen. Dieses für alle Donum Vitae-Beratungsstellen verbindliche Konzept garantiert, dass die bisherige qualifizierte Arbeit der Beratungsstellen in katholischer Trägerschaft in der Weise fortgesetzt wird, dass sie christliches Zeugnis für das Leben ablegt.

Unmissverständlich formuliert die Präambel des Beratungskonzeptes das Selbstverständnis des Vereins und seiner Beratungsstellen: "Auf der Grundlage des christlichen Glaubens geht die Beratung von der Würde jeden menschlichen Lebens aus, unabhängig von seinem Entwicklungsstadium, einer Krankheit oder einer Behinderung. Gerade in Not- oder Konfliktsituationen wird in der Beratung zum Schutz des Lebens eine besondere Herausforderung angenommen, die aus dem Vertrauen auf die Liebe und die Zusage Gottes an alle Menschen die Kraft gewinnt, gemeinsam mit den Rat Suchenden Perspektiven für ein Leben mit dem Kind - auch mit einem kranken oder behinderten Kind - zu entwickeln."

Ausgangspunkt: Die Situation der Frauen

In der Frage der Schwangerschaftskonfliktberatung ist es unerlässlich, sich die Situation vor Augen zu führen, in denen die Frauen stehen, die in die Beratung kommen. Sie fühlen sich in ihrem Konflikt alleingelassen oder gar von verschiedenen Seiten - nicht selten vom Partner - massiv unter Druck gesetzt. Sie wissen nicht ein noch aus und sehen oft nur den einzigen Ausweg darin die Schwangerschaft abubrechen.

In dieser Konfliktsituation, die ihrerseits wieder sehr verschiedene Ursachen hat, kommt es auf die persönliche Beratung, das vertrauensvolle Gespräch zwischen der Rat suchenden Frau und der Beraterin an. Diesem Gespräch kommt im wahrs -

Rita Waschbüsch, Vorsitzende von Donum Vitae, Mitglied des ZdK

ten Sinne des Wortes eine "lebensnotwendige" Bedeutung zu.

Solche Lebensnotwendende Beratung geht davon aus, dass grundsätzlich jede Person dazu fähig ist, Entscheidungen zu treffen, für die letztlich nur sie die Verantwortung übernehmen kann. Grundlegende Voraussetzung von Beratung ist deshalb, der Rat suchenden Person zu vermitteln, dass ihr Respekt vor ihrer persönlichen Verantwortung entgegengebracht wird. Die Zielorientierung der Beratung auf den Schutz des ungeborenen Lebens hin und die Ergebnisoffenheit der Beratung gehören gleichermaßen zum Wesen des Beratungsprozesses.

Eine zweifache Anwaltschaft: für Mutter und für Kind

"Angesichts des einzigartigen, untrennbaren Lebenszusammenhangs von Mutter und Kind ist der Schutz des ungeborenen Kindes gleichzeitig ein Schutz für die Frau selbst. Die Beratung schließt durch das Angebot einer umfassenden Krisen- und Konfliktbewältigung die zweifache Anwaltschaft für das Kind und die Mutter ein." Dieser Grundansatz des Beratungskonzeptes unserer Arbeit ist aus der Erfahrung gewachsen, dass das Leben ungeborener Kinder nicht gegen die Frau geschützt werden kann, sondern mit der Frau geschützt werden muss.

Die Beraterin versucht daher die Notlage der Frau und ihre Sicht des vielschichtigen Schwangerschaftskonfliktes zu verstehen und ist so zugleich Anwältin für das ungeborene Kind. "Sich ich-stärkend an die Seite der schwangeren Frau zu stellen heißt, den Lebenszusammenhang von Mutter und Kind zutiefst zu respektieren", formuliert das Donum Vitae-Beratungskonzept als Leitfaden für die Arbeit. Der partnerschaftliche Beratungsprozess soll zu einer verantwortungsvollen Entscheidung führen, mit der die Frau leben kann und die der Verpflichtung gegenüber dem ungeborenen Kind gerecht wird.

Unabdingbar: die hohe Qualität von Beratung und Hilfe

Das vorliegende Beratungskonzept wird dem Pro-zesscharakter und dem Kontext des Beratungsgeschehens gerecht; das bestätigen erste Reaktionen langjährig erfahrener Beraterinnen des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) und der Caritas. Es wird Donum Vitae helfen, die Engführung der Betrachtung auf die Beratungsbescheinigung zu überwinden. Das Konzept macht klar, dass alle relevanten Aspekte im Kontext der Schwangerschaftskonfliktberatung berücksichtigt sind und sehr deutlich die eindeutige Ausrichtung auf den Lebensschutz hin zum Ausdruck gebracht wird: In Wort und Tat, in Beratung und Hilfe.

Deshalb legt das Beratungskonzept großen Wert auf die Sicherung der hohen Qualität der Arbeit. Es soll eine Zusammenarbeit mit Fachkräften unterschiedlicher Disziplinen gewährleistet werden. Jede Beratungsstelle soll mindestens einen Beratungsräum, darüber hinaus Wartebereich und Sekretariat zur Verfügung haben. Sie wird mit Beratungsstellen in kirchlicher Trägerschaft zusammenarbeiten, mit der Bundesstiftung Mutter und Kind und mit weiteren psychosozialen Diensten auch von Pfarrgemeinden, um der Frau nachhaltig Unterstützung zusichern zu können.

Um die Nachhaltigkeit zu sichern: integrales Angebot

Beratung und Hilfe, dieses integrale Angebot hat die bisherige Arbeit von Beratungsstellen in Trägerschaft von SkF und Caritas ausgezeichnet. Donum Vitae knüpft daran an. Mit der Ausstellung des Beratungsnachweises ist auch eindeutig geklärt, dass Donum Vitae Schwangerschaftskonfliktberatung als Pflichtberatung im Sinne des Gesetzes durchführt (Beratung nach 219 StGB in Verbindung mit den §§ 5 - 7 SchKG mit Ausstellung des Beratungsnachweises). Hierin sehen wir auf Grund der bisherigen Erfahrungen die Möglichkeit, auch jene Frauen zu erreichen, die ernsthaft einen Abbruch der Schwangerschaft in Erwägung ziehen.

Der Zentralrat des SkF hat am 31. März 2000 in Trier das von Donum Vitae vorgelegte Beratungskonzept ausdrücklich zur Kenntnis genommen. In dem darin zum Ausdruck kommenden Beratungsverständnis, so der Beschluss des Zentralrates, werde das Konzept der katholischen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen fortgeführt. Somit sind jetzt von allen Seiten beste Voraussetzungen geschaffen, um auf verschiedenen Ebenen Absprachen über eine konstruktive Zusammenarbeit, insbesondere auch in den konkurrierenden Bereich der allgemeinen Schwangerenberatung zu treffen. Für das integrale Beratungskonzept, d.h. die Konfliktberatung und die Vermittlung von Hilfen, ist dies eine wichtige Ausgangsbasis.

Anstelle von Verweigerung: Zeugnis geben durch die Tat

Frauen, die in existentielle Not geraten sind, die oft nicht ein noch aus wissen und die häufig alleingelassen sind, diesen Frauen eine Perspektive für ein Leben mit ihrem Kind zu eröffnen, ist die wichtigste Aufgabe von Donum Vitae und sie lohnt jedes Engagement. Mit dem verabschiedeten Beratungskonzept ist eine entscheidende Voraussetzung geschaffen, um die bewährte Arbeit fortzusetzen und unter den Bedingungen einer pluralen Gesellschaft aus unserem Glauben heraus eindeutiges Zeugnis zu geben für das Leben!

Rita Waschbüsch

Das Beratungskonzept von Donum Vitae kann unter folgender Anschrift bestellt werden:

Donum Vitae, zur Förderung des Schutzes des menschlichen Lebens e.V.

Postfach 24 01 27

53154 Bonn

Tel: 0228 / 3867343

Fax: 0228 / 3867344

Spendenkonto:

Kontonummer 1414

Pax-Bank eG Köln

BLZ: 370 601 93

Eigenständige Rente für Frauen schaffen

Benachteiligungen abbauen

1991 wurde vom Deutschen Bundestag und vom Bundesrat eine Entschließung verabschiedet, die die Verbesserung der Alterssicherung von Frauen in der gesetzlichen Rentenversicherung fordert. Mit der Verbesserung der Kindererziehungszeiten und der Anrechnung von Zeiten der nichterwerbsmäßigen Betreuung von Pflegebedürftigen sowie durch die im letzten Jahr eingeführte Beitragszahlung für gering entlohnte Beschäftigten ist eine Stärkung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen erreicht.

Ft: Trotz aller Verbesserungen: Die Alterseinkommen von Frauen liegen im Durchschnitt noch deutlich niedriger als die von Männern, so dass nach wie vor Handlungsbedarf besteht. Dies sieht auch die Bundesregierung, die das Ziel der eigenständigen Alterssicherung von Frauen in ihre Koalitionsvereinbarung aufgenommen und in den Eckpunkten zur Rentenstrukturreform erste konkrete Reformvorschläge formuliert hat.

Alterseinkommen von Frauen

Das Prinzip der Lohn- und Beitragsbezogenheit der Rente führt dazu, dass sich die für Frauen typischen kinderbedingten Unterbrechungen der Erwerbsphase und die damit verbundene geringere Entlohnung bei Erwerbsarbeit unmittelbar auf die eigenständigen Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung niederschlagen. Obgleich das Rentenrecht z. B. mit der Rente nach Mindesteinkommen das strenge Beitragsäquivalenzprinzip zugunsten von Frauen durchbricht, sind die Differenzen zwischen Männern und Frauen in Bezug auf die Höhe der eigenständigen Anwartschaften beträchtlich.

Während verheiratete Frauen in der Regel im Hinterbliebenenfall ihre Versichertenrente um eine Hinterbliebenenrente aufstocken können, besteht diese Möglichkeit für ledige und geschiedene Frauen nicht. Die Gesamtversorgung aus der eigenen Versichertenrente und gegebenenfalls einer abgetretenen Hinterbliebenenrente ist daher im Durchschnitt für Ehefrauen höher als für ledige und ge-

Dr. Anne Meurer, Direktorin, Mitglied der Geschäftsführung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)

schiedene Frauen. Das verdeutlicht, dass die Alterssicherung von Frauen gegenwärtig noch stark vom Familienstand abhängt. Dies scheint in einer Situation, in der die Beständigkeit von Ehen tendenziell abnimmt, bedenklich.

Eigenständige Alterssicherung

Die im Vergleich zu Männern deutlich schlechtere finanzielle Absicherung von Frauen im Alter entsteht nicht erst bei Erreichen des Rentenalters in der gesetzlichen Rentenversicherung, sie entsteht während des Erwerbslebens aufgrund der Bedingungen des Arbeitsmarktes. Eine eigenständige Alterssicherung der Frauen wäre dementsprechend durch eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben bei gleichen Löhnen für Männer und Frauen zu erreichen.

Leider ist diese Option wenig realistisch. Denn trotz höherer Bildungsbeteiligung der Frauen sind die Lohnunterschiede immer noch erheblich. Es ist nicht zu erwarten, dass sich die Entgelte von Frauen und Männern in absehbarer Zeit angleichen. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass sich die Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit vor allem im Teilzeitbereich vollzieht, wird sich die Differenz in der Rentenhöhe von Frauen und Männern nicht wesentlich verringern. Auch künftig werden kinderbedingte Erwerbsunterbrechungen und die daraus resultierenden Karrierebrüche überwiegend Frauen betreffen.

Optionsmodell der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat zur Verbesserung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen ein Optionsmodell vorgeschlagen. Das Modell eröffnet Ehepaaren mit dem Partnerschaftsmodell und dem Unterhaltersatzmodell eine Wahlmöglichkeit bei der Absicherung im Hinterbliebenenfall.

Im Partnerschaftsmodell erhalten Witwer und Witwen im Hinterbliebenenfall eine Rente aus 100 Prozent der von ihnen jeweils vor der Ehe erworbenen eigenen Anwartschaften und aus 75 Prozent der von den Ehepartnern zusammen während der Ehezeit erworbenen Anwartschaften. Der hier zu -

grunde liegende Gedanke des Splittings ist grundsätzlich zu begrüßen, da er sowohl dem gewandelten Rollenverständnis in Partnerschaften als auch der zunehmenden Erwerbstätigkeit von Frauen gerecht wird. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass die im Hinterbliebenenfall zugesplitteten Anwartschaften nicht wie bisher im Fall einer Wiederheirat wegfallen, sondern als eigene Anwartschaften bestehen bleiben.

Abgeleitete Alterssicherung

Das Unterhaltersatzmodell orientiert sich weitgehend am geltenden Hinterbliebenenrecht, wobei allerdings die Regelungen zur Anrechnung von eigenem Einkommen des/der Hinterbliebenen auf die Hinterbliebenenrente deutlich verschärft werden. Der derzeit geltende Freibetrag soll künftig nicht mehr entsprechend der Einkommensentwicklung angepasst werden und - anders als bisher - sollen nicht nur Erwerbseinkommen und Einkommensersatzleistungen, sondern alle Einkommen angerechnet werden.

Nicht jede Alternative ist für beide Ehepartner im Hinterbliebenenfall gleich günstig. Die Partner müssen ihre Wahl unter anderem im Hinblick darauf treffen, welcher von beiden den anderen vermutlich überleben wird - eine Frage, die sich sicherlich niemand gerne stellt. Auch ist diese Form der Alterssicherung nach wie vor von einem Ehepartner abgeleitet und ein Ausbau der eigenständigen Alterssicherung in diesem Sinne nur für verheiratete Frauen möglich. Für die ledigen, alleinerziehenden und geschiedenen Frauen kann mit dem Instrument der Hinterbliebenensicherung keine Verbesserung der Alterssicherung erreicht werden. In dieser Gruppe ließen sich Verbesserungen am ehesten durch einen Ausbau der partnerunabhängigen Versichertenrente erreichen.

Kindererziehungszeiten

Die Anrechnung und Bewertung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung ist einer der Hauptaspekte in der Diskussion um den Ausbau der eigenständigen Anwartschaften von Frauen. In diesem Bereich ist in den letzten 15 Jahren bereits viel getan worden. 1986 eingeführt, ist die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten Stück für Stück ausgebaut worden. Der bisher letzte Schritt wurde im Dezember 1998 gegangen. Stufenweise wurden die Dauer und die Bewertung der Kindererziehungszeiten angehoben: Ab dem 1.7.2000 werden Kindererziehungszeiten mit 100 Prozent des Durchschnittsentgelts bewertet bei Anrechnung von drei Jahren für Geburten ab 1.1.1992.

Bei der Suche nach Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung dürften einer noch höheren Bewertung der Kindererziehungszeiten Grenzen gesetzt sein. Diskutiert wird jedoch, die Anzahl der anzurechnenden Jahre weiter zu erhöhen. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass eine solche Maßnahme nicht nur teuer wäre, sondern auch Anreize für Frauen setzt, längere Zeit vom Arbeitsmarkt fernzubleiben. Dadurch könnten sich die Wiedereinstiegsprobleme in das Berufsleben vergrößern.

Bei der Suche nach Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung dürften einer noch höheren Bewertung der Kindererziehungszeiten Grenzen gesetzt sein. Diskutiert wird jedoch, die Anzahl der anzurechnenden Jahre weiter zu erhöhen. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass eine solche Maßnahme nicht nur teuer wäre, sondern auch Anreize für Frauen setzt, längere Zeit vom Arbeitsmarkt fernzubleiben. Dadurch könnten sich die Wiedereinstiegsprobleme in das Berufsleben vergrößern.

Flexible Anwartschaften

Das im Hause der BfA entwickelte Modell der "Flexiblen Anwartschaften" sieht eine Verbesserung der eigenständigen Alterssicherung der Frau im Rahmen einer breiter angelegten Förderung vor. Ziel des Modells ist eine verbesserte Absicherung diskontinuierlicher Erwerbsverläufe. Das soll über die Einführung flexibler Rentenanwartschaften erreicht werden. Diese Anwartschaften können dazu verwendet werden, Lücken in der Erwerbsbiographie - z.B. durch Zeiten der Kindererziehung über drei Jahre hinaus, Zeiten der Arbeitslosigkeit ohne Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe, unbezahlten Bildungsurlaubs oder zeitweiliger Selbständigkeit - zu schließen. Die Anwartschaften können ebenfalls zur Aufstockung von Phasen unterdurchschnittlicher Bezahlung - z.B. Berufseinstiegsphase oder Teilzeitarbeit - oder bei vorzeitigem Rentenbeginn zur Vermeidung von Abschlägen eingesetzt werden.

Mit dem Modell der "Flexiblen Anwartschaften" wäre eine nachhaltige Verbesserung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen möglich. Anders als bei Vorschlägen zur Ausweitung der Kindererziehungszeiten wird hier kein Anreiz zum Rückzug aus dem Erwerbsleben gegeben. Das Modell stellt zudem sicher, dass nicht nur verheiratete Frauen, sondern auch geschiedene und ledige Frauen von der Stärkung der eigenständigen Anwartschaften profitieren können.

Anne Meurer

Exposure - Lernen für das Verständnis von Entwicklung

"Zutrauen in die Menschen und harte Arbeit"

Worum es bei Exposure-Programmen geht, hat ihr Gründer und Entwickler, Karl Osner, in einem Interview mit 'Salzkörner' beschrieben (3.Jg.,Nr.3). Die ZdK-Mitarbeiterin Lioba Speer schilderte ihre Eindrücke von einem Exposure auf den Philippinen (5.Jg.,Nr.2). Im folgenden Bericht gibt Dr. Rolf Schumacher, im Zentralkomitee der deutschen Katholiken verantwortlich für den Arbeitsbereich Kirche und Gesellschaft, seine Erfahrungen eines Exposures in Bangladesch wider.

Ft: In den Tagebuchaufzeichnungen meines Aufenthaltes in Bangladesch steht für den 26. Januar 2000: "Heute habe ich wirklicher Armut zum ersten Mal ins Gesicht gesehen: Moroni, ca. 30 Jahre alt, lebt in den ärmlichsten Verhältnissen, die ich mir bisher vorstellen konnte. Mit ihrem Mann und drei Söhnen lebt sie am Flussufer in einer ca. 6 qm großen Bambushütte. Das Bett ist ein einfaches Holzgestell, schräg zum Fluss hin sich neigend. Die Latrine liegt unterhalb des Hauses und führt in den Fluss, in dem alle Anwohner sich waschen. Wasser zum Kochen holt Moroni täglich zweimal aus einem öffentlichen Brunnen."

Der erste Kredit

Seit sechs Monaten ist Moroni Kreditnehmerin bei der Grameen Bank (Dorfbank für die Armen). Sie ist darüber sehr glücklich; denn der Anfang war schwer und dauerte lange Zeit. Sie sagt: "Ich hatte Angst, zu Grameen zu gehen, weil ich befürchtete, die Raten nicht zurückzahlen zu können. Die Frauen des hiesigen Grameen Bank-Centers wollten mich nicht aufnehmen, weil sie mir nicht zutrauten, seriös mitzumachen. Da für die Kredite eine Solidarhaftung der Gruppe vorgesehen ist, wollten sie mich nicht dabei haben."

Moroni hat einen ersten Kredit aufgenommen. Davon kaufte sie für ihren Mann eine Lastentransport-Rikscha, Werkzeuge zum Spalten des Bambus, und Bambus als Rohmaterial, insgesamt 5.000 Taka (entspricht ca. 200,- DM). Durch den Verkauf der Körbe und den Rikschatransport haben die beiden Einkünfte von ca. 200,- Taka täglich (entspricht ca. 8,- DM), für die Ernährung geben sie täglich 100,-

Dr. Rolf Schumacher, Leiter des politischen Referates und der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft im Generalsekretariat des ZdK

Taka aus. "Jetzt können wir täglich dreimal essen, früher hatte ich immer Sorge, meine Familie zu ernähren. Wir hatten oft Hunger."

Moroni und ihrer Familie bin ich begegnet während eines Exposure- und Dialogprogramms der Nord-Süd-Gesellschaft vom 22. Januar bis 2. Februar 2000. Kern des Exposure ist die persönliche Begegnung mit Menschen, die in äußerster Armut leben und ihre Situation verbessern wollen. Unsere Gastgeberinnen waren Frauen, die Begegnung mit ihnen erlaubte uns das eigene Sehen und Erleben. Teilnahme am Alltag der Gastgeberinnen, das Kennenlernen ihrer Lebensgeschichte und der Austausch darüber, darum ging es bei diesem "sich Aussetzen".

Das Erfolgsrezept

Zugleich ermöglichte der Besuch bei Moroni uns die Erforschung der Ursachen des Erfolgs der Grameen Bank-Bewegung. Meines Erachtens liegen sie vor allem in der Konzeption, sich auf die Gesetzmäßigkeiten des Marktes zu stützen (statt von außen zu moralisieren) und auf das Selbsthilfepotential der Ärmsten der Armen zu vertrauen. "Trust in people and hard work" - dies ist das Erfolgsrezept der Grameen Bank. Sie erklärt die Armen für kreditwürdig - für Banken ansonsten unvorstellbar. Damit gewinnen die Armen das Instrument, um auf dem Markt Bangladeschs bestehen zu können. Sie können investieren, weil sie über (zu fairen Bedingungen geliehenes) Kapital verfügen. Professor Yunus, der charismatische Begründer der Grameen Bank-Bewegung geht noch einen Schritt weiter, wenn er sagt: "Arme sind im Grunde kreditwürdiger als Reiche, weil sie es gelernt haben, mit Knappheiten umzugehen, und weil sie über ein solidarisches Potential verfügen".

Alles geht bei der Grameen Bank aus von dem Glauben an das schöpferische Potential eines jeden Menschen. Der Kredit an die Armen ist Instrument, um dieses Potential zu heben. Die Schlüsselfrage für alle sozialen Organisationen ist die der Möglichkeiten der Selbstfinanzierung, der Selbstbeteiligung. Professor Yunus und die Grameen Bank-Bewegung werden in diesen Bangladesch-Tagen für mich zum lebendigen Beleg für die Richtigkeit der auf Partnerschaft und armenorientierte Hilfe zur Selbsthilfe ausgerichteten Entwicklungszusammenarbeit.

Armut konkret

Überzeugt hat mich die Methodik des Exposure- und Dialogprogramms: Die konkrete Begegnung mit der Gastgeberin, der Austausch mit ihr und den übrigen Teilnehmern an dem Programm ermöglichen einmal, der Armut ein Gesicht zu geben, die schrecklichen Auswirkungen der Armut in Konkretion in Augenschein zu nehmen und zum anderen vermitteln sie mir, was mir bislang höchstens theoretisch klar war: Strukturwirksame Selbsthilfeförderung setzt die Selbsthilfe der Betroffenen voraus, um nachhaltig wirken zu können. Und durch den Aufenthalt vor Ort habe ich nicht nur das Sonntagsgesicht, sondern auch das Alltagsgesicht der Grameen Bank kennen gelernt. Dies gilt natürlich auch für die unvorstellbar schwierigen Lebensbedingungen in Bangladesch.

Auf einer Fläche von der Größe Süddeutschlands (Baden-Württemberg und Bayern) leben eineinhalb - mal so viele Menschen wie in Deutschland, nämlich über 120 Millionen, Tendenz steigend. Würde man die gesamte Weltbevölkerung auf dem Gebiet der USA unterbringen, käme man auf eine Bevölkerungsdichte wie in Bangladesch. Die Landschaft präsentiert sich jenseits meiner Vorstellungskraft: Riesige Flüsse, flaches Land und dazwischen wie auf Deichen gebaute Straßen und Wege. Überall sieht man die Vorkehrungen gegen die jährlich kommenden Fluten. Siedlungen - nicht selten der primitivsten Art, sind meist auf Erhöhungen und Deichen errichtet. Die Fluten entstehen durch riesige Wassermassen, die vom Himalaya ins Meer stürzen, die im übrigen den fruchtbaren Lössboden mit sich bringen und durch Flutwellen, die vom Meer her kommen. 1998 gab es die letzte schlimme Flut. Statt der üblichen drei blieben die Fluten zehn Wochen. Alles kommt in diesem subtropischen Monsunregen, der über Wochen der Sonne keine Chance läßt, zum Erliegen: Verkehr, Geschäft, Landwirtschaft. Das oft allzu geringe Hab und Gut wird nass und verschlammt. Mühsam aufgebaute Existenzen werden im Nu zerstört.

Wiedererlangter Stolz

Grameen kann nicht diese schreckliche, zwischen drei und zehn Wochen anhaltende Flut beseitigen. Grameen schafft nicht von heute auf morgen die so dringend notwendige Kanalisation, Elektrizität und Infrastruktur, aber Grameen trägt dazu bei, dass die Menschen ihren Stolz wiedererlangen, Namenlose mit ihrem Namen einen Vertrag zeichnen, Licht in dem ungleichen Kampf der Existenzbedrohungen sehen, das ist viel, sehr viel! Zumal Grameen inzwischen über 2,4 Millionen Kreditnehmerinnen hat und mehr ist als nur eine Bank, ein Mikrokredit-Finanzie-

rungs-Institut: Sie ist eine Bewegung. Sie bringt etwas voran, sie zeigt den armen Frauen, dass sie die Möglichkeit haben, unter diesen schwierigsten Bedingungen, ihre Lebenssituation zu verbessern. Inzwischen stellen Kundinnen der Grameen Bank ca. 8 Prozent der gewählten Abgeordneten in den Kommunen Bangladeschs.

Armut ist beschämend, diese Einsicht gewinne ich bei unserem zweiten Besuch bei Moroni. Als wir uns verabschieden, redet Moronis Mutter unaufhörlich auf mich ein. Abser übersetzt: "Wir sind sehr beeht durch ihren Besuch, aber ich schäme mich, dass wir ihnen nichts zu essen und zu trinken anbieten können". Jeder Mensch empfindet seine eigene Würde und weiß um sie. Und diejenigen, die es ohnehin schwer haben, sind nicht selten, was die Missachtung ihrer Würde angeht, empfindlicher als andere.

Muslimische Religiosität

In dem sich Einlassen auf die Lebensbedingungen der Menschen liegt der Schlüssel für Partnerschaft, für "Dialog auf gleicher Augenhöhe". Darin besteht nach meiner Überzeugung ein wesentlicher Teil der Erfolgsgeschichte von Mutter Theresa oder anderen. Mit "allen alles werden" hat Paulus diese tiefe Weisheit im ersten Korintherbrief ausgedrückt. Das Exposure-Programm kann helfen, diese Einsicht auch unter heutigen Bedingungen zu erlangen.

Beeindruckt hat mich auch die in Bangladesch praktizierte muslimische Religiosität. Von ihr geht eine enorme Faszination aus, sie wirkt offen. In jedem Falle treffe ich hier überhaupt nicht auf die bei uns in Deutschland so lähmende Gottesscham. Unsere Begleiter haben keinerlei Hemmungen, im Laufe des Tages ihre Gebetsteppiche auszurollen und zu beten. Gott gehört wie selbstverständlich zu diesem Leben unter den ärmsten Bedingungen dazu.

Was bleibt von diesem Exposure- und Dialogprogramm in Bangladesch? Zunächst: Der tiefe Eindruck der Begegnung mit Moroni, ihrer Familie und den übrigen Frauen der Grameen Bank. Und dann: Der Anstoß, in der Entwicklungszusammenarbeit auf Partnerschaft und Armenorientierung zu setzen. Und nicht zuletzt die Fragen: Wie können wir in unseren Kontexten das Potential zur Selbsthilfe besser aktivieren? Wie können wir die isolierenden und entwürdigenden Exklusionen unserer Gesellschaft aufheben? Das Zutrauen in die Kraft der Menschen können wir von Grameen lernen, Instrumente und Methoden müssen wir selbst finden.

Rolf Schumacher

Zukunft des Wehrdienstes

Eine Arbeitsgruppe des ZdK unter Vorsitz des Vizepräsidenten, Professor Dr. Christian Bernzen, hat in den vergangenen Monaten den Entwurf einer Erklärung mit dem Titel „Zukunft des Wehrdienstes“ erarbeitet.

Vor der endgültigen Verabschiedung hat die Arbeitsgruppe diesen Entwurf bei einem Hearing in Berlin mit Fachleuten, unter anderem dem Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Walter Stütze, der verteidigungspolitischen Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen, Angelika Beer MdB, und dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Karl Lamers MdB, diskutiert.

Ziel der Stellungnahme des ZdK ist es, in der gegenwärtig laufenden Debatte über die Zukunft des Wehrdienstes angesichts der veränderten außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Bundesrepublik Kriterien und Leitlinien aus der Perspektive des Katholizismus einzubringen.

In der umfangreich begründeten Stellungnahme spricht sich das ZdK im Kern für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus. Nachdem sich die außen- und sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik grundlegend gewandelt hat, sehen die Verfasser des Erklärungsentwurfes für die Bundeswehr zwei Aufgabengebiete: weiterhin Vorsorge für die Landesverteidigung zu treffen und sich auf der Basis sicherer völkerrechtlicher Vereinbarungen an Krisenreaktionseinsätzen zu beteiligen. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben spricht sich die Arbeitsgruppe des ZdK für die Beibehaltung der Wehrpflicht aus, weil sie besser als andere Wehrformen geeignet sei, in enger Führung, Landesverteidigung und Krisenreaktionen miteinander zu verbinden.

„Es ist nicht zu erkennen, wie anders als durch Wehrpflicht junge Männer aus allen gesellschaftlichen Schichten für dieses Ziel erreicht werden können. Wehrpflichtige stellen Vorgesetzte weit intensiver als Berufs- oder Zeitsoldaten vor die Notwendigkeit der Begründbarkeit von Befehlen und bilden in den Streitkräften die dringend benötigten zivilen Kompetenzen ab,“ heißt es im Text, der im Laufe des Mai endgültig verabschiedet werden soll.

(Der Entwurf der Erklärung kann im Generalsekretariat des ZdK angefordert werden)



Renten-Info-Pläne der BfA

Mit breiter Unterstützung hat der Ständige Arbeitskreis des ZdK zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundfragen auf die Ankündigung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) reagiert, in Zukunft allen Versicherten regelmäßige „Renten-Informationen“ zur Verfügung zu stellen. Eine kontinuierliche Rentenkontoführung, die es jedem einzelnen Versicherten ermögliche, zu erkennen, wie gut oder schlecht seine Altersversorgung in der gesetzlichen Rentenversicherung sei, werde seit Jahren von katholischen Verbänden gefordert, so Hermann Kues, Sprecher des ZdK-Arbeitskreises. Auf diese Weise könne der zum Teil bedrückenden Illusion über die eigene Alterssicherung, gerade bei Familien-Frauen mit langen Versicherungslücken, ein Ende bereitet werden. Auch gelegentlich unnötig geschürte Ängste könnten so ausgeräumt werden.

Der Arbeitskreis „wirtschaftliche und soziale Grundfragen“ dankte der BfA in einem Brief für den Vorstoß. Die Initiative werde, so die Hoffnung, im Zuge der Rentenkonsensgespräche einen wertvollen Beitrag leisten, auch wenn es darum gehe, eigenständige Lebensleistungen von Männern und Frauen in Beruf und Familie in eigenständigen Rentenansprüchen angemessen zu berücksichtigen. Das ZdK wiederholte seine Forderung, die Reform der Hinterbliebenenrenten müsse integraler Bestandteil der Rentenreform sein. Familienleistungen müßten in der Rente in der Weise anerkannt werden, wie es ihrer Bedeutung für die Sicherheit der Renten und der Generationengerechtigkeit entspreche.



Reform des Erziehungsurlaubs

Die vom Bundeskabinett verabschiedeten Verbesserungen im Bereich des Erziehungsurlaubs / Erziehungsgeldes fanden Zustimmung bei der familienpolitischen Sprecherin des ZdK, Christa Licharz-Lichtenthäler. Besondere Beachtung verdient aus Ihrer Sicht die neugeschaffene Möglichkeit, dass Vater und Mutter gleichzeitig Erziehungsurlaub nehmen können. Licharz-Lichtenthäler hat die Hoffnung, dass durch die neue Regelung die Anzahl der Väter, die Erziehungsurlaub beantragten deutlich steigen werde.

